

(Abgeordneter Günther [Plauen].)

derartige Streiks hervorrufen, eine ungeheure Verantwortung dem ganzen Volke gegenüber.

Die Hauptsache — und das wurde auch von den beiden Herren Ministern betont — ist die Beschaffung von Arbeit. Nur wenn auf allen Seiten, meine verehrten Damen und Herren, der ernste Wille vertreten wird, die jetzigen Verkehrshindernisse zu beseitigen, sind wir in der Lage, die Rohstoffe, die wir im Deutschen Reich noch vorrätig haben, die wir zurückgelegt haben aus der früheren Einfuhr aus dem Auslande, und diejenigen Rohstoffe, die wir selbst als Bodenschätze im Reich vorhanden haben, schnell verteilen zu können. Darauf beruht auch die Hoffnung der verantwortlichen Regierungsstellen, die Verteilung der Rohstoffe und der Betriebsstoffe möglichst schnell durchzuführen, sie dorthin zu führen, wo Betriebsstätten vorhanden sind, wo viele Tausende intelligenter Arbeiter und Arbeiterinnen auf Arbeit warten, und deswegen muß auch die Kohlenförderung mit allem Nachdruck betrieben werden. Es wurde in der Nationalversammlung kürzlich behauptet — ich habe es selbst mit angehört —, daß im Ruhrgebiet 2 Millionen Tonnen, das sind 40 Millionen Zentner, Kohlen gefördert daliegen, die nicht abtransportiert werden können infolge der ungünstigen Transportverhältnisse. Ich glaube aber, daß, wenn die Streiks nicht dazwischen gekommen wären, der Abtransport sich in geordnete Bahnen hätte leiten lassen. Und wir sind auch der Meinung, daß wir in absehbarer Zeit wieder, zum Teil wenigstens, in erträglicher Weise unsere Betriebsstätten in Gang setzen können, sobald Kohlen und die nötigen Rohstoffe zugeführt werden.

Wenn der Herr Finanzminister davon sprach, daß die Regierung als ihre Hauptaufgabe betrachte, viele Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, so liegt das ganz in unserem Wunsche. Mit den früher bewilligten Summen können die Arbeiten freilich nicht ausgeführt werden. Das ist ja richtig, der frühere Landtag, der durch die Umwälzung beseitigt worden ist, hat eine Anzahl Arbeiten in Aussicht genommen und dafür auch die Ausgaben bewilligt. Damals lagen die Verhältnisse so, daß die dafür von Seiten des Finanzministeriums und des Landtages ausgeworfenen Summen als ausreichend erschienen. Heute haben wir von dem Herrn Finanzminister gehört, daß das Bestreben vorhanden ist, die Einnahmen und Ausgaben des Staates in ein erträgliches Verhältnis zu bringen. Immerhin wird dies noch große Sorge machen.

Beruhigend wirkten seine Worte, die er anfügte, daß die Gefahr einer Katastrophe nicht vorhanden sei, wie man das draußen im Lande

von gewisser agitatorischer Seite Tag für Tag dem Volke vorzureden mag. Gewiß liegen die Verhältnisse nicht leicht. Zweifellos hat der lange Krieg an die Finanzkraft des deutschen Volkes außerordentlich große Anforderungen gestellt, und was das Reich aufzubringen hat, dafür hat auch jeder Gliedstaat selbstverständlich mit einzustehen. So müssen wir uns die Verhältnisse vorstellen. Sehen wir uns die Finanzverhältnisse des engeren Heimatlandes Sachsen an, so ist zuzugeben, daß, wenn auch über 236 Millionen schwebende Schuld vorhanden ist, doch kein Anlaß vorliegt, etwa hier anzunehmen, daß die sächsischen Finanzen sich in einer verzweifeltsten Lage befänden. Ich habe das schon vor einigen Wochen energisch an anderer Stelle bestritten.

Man darf aber nicht übersehen, daß das Rückgrat der sächsischen Finanzwirtschaft die sächsische Einkommensteuer bildet und daß diese Einkommensteuer, wie auch die Grundsteuer und andere Steuern durch große Zuschläge in erheblichem Umfange bereits in Anspruch genommen worden sind. Man macht sich auch über die Steuerkraft des sächsischen Volkes oft eine sehr falsche Vorstellung. Ich möchte nur ganz kurz, um dem Herrn Finanzminister auf diesem Gebiete mit einigen Worten zu folgen, anführen, daß von den steuerzahlenden Personen im Jahre 1914 auf Grund der amtlichen Regierungstabelle — die letzte amtliche Statistik von 1916 weist auch keine wesentlich anderen Ergebnisse auf — zur Staatseinkommensteuer veranlagt waren bis 1600 M. Einkommen 79,37 Prozent der steuerzahlenden Bevölkerung, über 1600 bis 3100 M. Einkommen 14,36 Prozent, sonach bis 3100 M. Einkommen 93,73 Prozent, über 3100 bis 6300 M. Einkommen 4,16 Prozent, sonach bis 6300 M. Einkommen zusammen rund 98 Prozent. Das heißt unter je 100 Steuerzahlern befanden sich 98 mit einem Einkommen von über 400 bis 6300 M. Über 6300 bis 12000 M. waren es nur 1,21 Prozent und über 12000 M. nur 0,9 Prozent, also unter je 100 Steuerzahlern nur knapp einer mit über 12000 M. Einkommen. Ich erwähne das, damit man sieht, daß die Steuerkraft eine Grenze findet, wenn sie übermäßig angespannt wird. Daß wir sie anspannen müssen, das kann man nicht bestreiten. Ich möchte betonen, daß wir schon vor Jahr und Tag im letzten Landtage darauf hingewiesen haben, daß bei einem steuerpflichtigen Einkommen bis 2200 M. von den Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer 2068000 Personen befreit worden sind, während nur 255000 Personen, die über 2200 M. Einkommen versteuerten, die Staatszuschläge bei der Einkommensteuer zu zahlen hatten.